

Wo ist Heimat?

Rede zum 1. August in Schwerzenbach (ZH)

Von Christine Goll, SP-Nationalrätin und Präsidentin der Gewerkschaft vpod

Heimat ist dort, wo sich Menschen wohl und geborgen fühlen. Heimat bedeutet, dass Menschen Anteil nehmen und sich gegenseitig unterstützen. Heimat ermöglicht Solidarität. Heimat ist dort, wo Menschen an der Gesellschaft, in der Sie leben, teilhaben und in der sie mitentscheiden können. Heimat ist überall dort, wo Menschen in sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit zusammenleben.

Heimat fällt nicht vom Himmel. Menschen schaffen sich Heimat, prägen und gestalten Heimat. Das war und ist auch in der Schweiz so. Frauen und Männer in der Schweiz haben soziale und demokratische Errungenschaften hart erkämpft. Die wichtigste soziale Errungenschaft ist zweifelsohne die AHV. Und die wichtigste demokratische Errungenschaft ist das Frauenstimm- und Wahlrecht.

<p>Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Ohne Frauen gibt es nichts zu feiern. Ohne Frauen gäbe es keinen 1. August.</p>

Heimat ist dort, wo die gleichberechtigte ökonomische und politische Teilhabe von Frauen eine Selbstverständlichkeit ist. Die Schweiz gilt gemeinhin als eine der ältesten Demokratien der Welt. Doch dieses Land hat die Demokratie erst vor 35 Jahren mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechtes für Frauen verwirklicht. Nur in einer Gemeinde, nämlich in Unterbäch im Oberwallis, waren Frauen schon früher wirklich daheim. Unterbäch hatte eine Pionierrolle: Dort wurde das Frauenstimmrecht einmalig bereits vor einem halben Jahrhundert eingeführt.

Dank der Beharrlichkeit unserer Bundespräsidentin, Micheline Calmy-Rey, findet heute auch die 1. August-Feier auf dem Rütli statt. Micheline Calmy-Rey sorgt heute mit der Nationalratspräsidentin, Christine Egerszegi, für eine starke Frauenpräsenz auf dem Rütli. Die beiden Frauen setzen mit ihrem Engagement auch ein klares Zeichen für eine offene und tolerante Schweiz und gegen Rechtsradikale und Rassismus. Frauen in der Politik sind immer

noch massiv untervertreten. Das können Sie ändern! Indem Sie am 21. Oktober Frauen wählen und Listen von Parteien in die Urne werfen, für welche die politische Gleichstellung von Frauen und Männern nicht einfach eine leeres Lippenbekenntnis ist.

Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Familie, Sport und Alltag – also in allen Lebensbereichen – liegt noch ein weiter Weg vor uns. Das bestätigen uns auch die offiziellen Statistiken in diesem Land. Wenn die Fortschritte der letzten Jahre gleich schnell, beziehungsweise gleich langsam vorangehen würden wie bisher, hätten wir beispielsweise die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern erst nach mehr als drei Jahrzehnten überwunden. Die Lohngleichheitsforderung ist übrigens uralte: Sie wurde bereits am Schweizerischen Gewerkschaftskongress von 1871, also 100 Jahre vor der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes, erhoben. Die ökonomische Teilhabe von Frauen ist eine wichtige Voraussetzung, damit es auch in allen anderen Lebensbereichen vorwärts geht.

Wenn wir hier schon auf dem Fussballplatz sind. Schwerzenbach spielt auch eine wichtige Pionierrolle: Frauenfussball ist Trumpf in Schwerzenbach. Nächstes Jahr feiern Sie sogar ein Jubiläum: Der Aufstieg des Schwerzenbacher Frauen-Fussballclubs in die Nationalliga A erfolgte bereits vor 20 Jahren!

Soziale Sicherheit für alle bedeutet Heimat. In der Schweiz wird der soziale Ausgleich gelebt: Zwischen Arm und Reich und zwischen Jung und Alt. Diese Solidarität müssen wir unbedingt verteidigen.

Menschen fühlen sich dort zu Hause, wo sie zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen und sich auf soziale Netze verlassen können. Nehmen wir als Beispiel das wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Die AHV ist eine 60jährige Erfolgsgeschichte. Ihre Leistungen wurden seit ihrem Bestehen über zwei Dutzend mal verbessert. Seither ist die Zahl der Rentnerinnen und Rentner um über 60 Prozent angestiegen und trotzdem haben wir nie mehr als sieben Prozent unseres Bruttoinlandproduktes für unsere Volksversicherung ausgegeben. Die AHV ist stabil und schreibt schwarze Zahlen allen Untergangsprognosen zum Trotz. Alle Defizit-Prognosen haben sich als falsch erwiesen. Die AHV-Kasse erzielt Jahr für Jahr Milliardenüberschüsse. Deshalb ist es unsinnig und sogar gefährlich einen Rentenabbau auf

Vorrat zu propagieren, indem für die nächsten Jahrzehnte wieder der Teufel an die Wand gemalt wird. Es braucht – im Gegenteil – endlich die Einlösung eines alten Versprechens: Die Einführung des flexiblen AHV-Alters. Auch darüber können Sie – voraussichtlich bereits nächstes Jahr – entscheiden, dank der Volksinitiative von Gewerkschaften, SP und Grünen für einen flexiblen Altersrücktritt zwischen 62 und 65 Jahren.

Die AHV ist die wichtigste soziale Errungenschaft in der Schweiz. Junge und Alte in diesem Land werden nicht zulassen, dass in kurzer Zeit eine Solidarität zerschlagen wird, die über Generationen aufgebaut wurde. Eine deutliche Mehrheit der Stimmbevölkerung lehnte im Mai 2004 die 11. AHV-Revision ab. Ein halbes Jahr später wurde die Mutterschaftsversicherung an der Urne angenommen. Die Schweiz ist auch 2006 ein Stück sozialer geworden: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben deutlich Ja gesagt zu einheitlichen Familienzulagen in der Schweiz. Damit ist klar, dass die Mehrheit in diesem Land nicht weniger, sondern mehr soziale Sicherheit will. Das wollen auch Sie, hier in Schwerzenbach: Zum Schulbeginn wird hier das Familienergänzende Zentrum eröffnet. Einrichtungen für die Kinderbetreuung sind ein wichtiger Beitrag zur sozialen Sicherheit für Eltern, die Beruf und Familie unter einen Hut bringen können, für Kinder, die miteinander soziales Lernen erproben können, und damit auch für die gesamte Gesellschaft.

Die soziale Frage wird auch im Wahljahr eine entscheidende Rolle spielen, wie ein Blick auf laufende Geschäfte im eidgenössischen Parlament zeigt. Die Schweiz darf nicht auseinander driften. Das wollen aber diejenigen, die Solidaritäten aggressiv in Frage stellen. Während unten die Armut zunimmt, koppelt sich eine kleine reiche Elite von der Gesellschaft ab. Was sind das für Zeiten, in denen grosszügig Steuergeschenke an Reiche und Grossaktionäre verteilt werden, währenddem der Ständerat soeben die Steuerbefreiung des Existenzminimums abgelehnt hat?

Von Steuersenkungen spürt die Mehrheit der Bevölkerung nichts im Portemonnaie. Im Gegenteil: Von Steuersenkungen profitieren, können einige Wenige, während die Mehrheit den Preis dafür zahlt. Über das Unternehmenssteuerreformgesetz II werden Sie demnächst an der Urne zu entscheiden haben, weil SP, Grüne und Gewerkschaften das Referendum dagegen eingereicht haben. Künftig sollen Personen, denen mindestens 10 Prozent einer Kapitalgesellschaft gehören, die Einkommen (Dividenden) aus diesem Kapital nur noch zu 60 anstatt zu 100 Prozent versteuern. Das ist zutiefst ungerecht, denn jede Schreinerin und jeder Verkäufer versteuern ihr Einkommen bis auf den letzten Rappen. Rentnerinnen und Rentner

versteuern den letzten Rentnerfranken. Aber Grossaktionäre sollen ihre Einkommen aus Aktienpaketen jetzt nur noch nur zu 60 Prozent versteuern. Es ist zutiefst unsozial, wenn sich die Reichen an der AHV-Finanzierung vorbeimogeln. Denn mit der „Unternehmenssteuerreform“ werden der AHV-Kasse mehrere hundert Millionen Franken entzogen.

Wer den Staats- und Sozialabbau vorantreiben will, schadet der Demokratie. Weil er soziale Grundrechte fundamental in Frage stellt. Weil er die Rechte der Bürgerinnen und Bürger einschränkt. Statt auf soziale Sicherheit bauen zu können, sollen Menschen zum Bittgang gezwungen werden. Der Bettelstaat wird uns jedoch teurer zu stehen kommen als viele glauben. Denn die soziale Desintegration hat ihren Preis. Sie zeigt sich dann im Schulalltag, in den Quartieren und Gemeinden und bei überlasteten Sozialämtern. Es ist zutiefst unverantwortlich, wenn der ruinöse Steuerwettbewerb weiter angeheizt und der Staat ausgehungert wird. Die verursachten Steuerausfälle führen zu einem Staat mit leeren Kassen. Genau diese Politik der leeren Kassen führt zu Abbaumassnahmen im Gesundheitswesen, in der Bildung und bei den Sozialwerken auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung. Im Zentrum steht die soziale Gerechtigkeit! Soziale Gerechtigkeit ist machbar. Als Bürgerinnen und Bürger entscheiden Sie auch darüber bei den Wahlen in diesem Herbst.

Soziale Sicherheit für alle ist die beste Prävention gegen Gewalt und Rassismus. Es braucht ein Zusammenwirken von einzelnen Menschen, Organisationen und der Politik. Das heisst: Wir brauchen mehr Solidarität statt Individualismus! Wir brauchen mehr Gemeinsinn statt Egoismus!

Heimat ist dort, wo Menschen Handlungsmöglichkeiten gegen Gewalt und Rassismus entwickeln. Integration ist ein Schlüsselfaktor dazu. Integration ist ein gegenseitiger Lernprozess, in dem auch die Vermeidung von Gewalt und Rassismus lernbar ist. Dazu braucht es selbstbewusste Menschen, die sich gegen erlebte Gewalt wehren. Dazu gehört aber auch die Verpflichtung Aller, bewusst hinzusehen und einzugreifen, wenn rassistische Äusserungen und Übergriffe stattfinden. Dazu braucht es Organisationen, die sensibilisieren, Öffentlichkeit herstellen und Lösungen aufzeigen. Und dazu braucht es auch die Politik. Wichtig ist jedoch, die Politik nicht an einige Politikerinnen und Politiker zu delegieren, sondern selber politisch aktiv zu werden und sich einzumischen.